

# Antrag auf Ausstellung einer Verpflichtungserklärung



Landkreis  
Hersfeld -  
Rotenburg

Ich, der Antragsteller und Unterzeichner

<b>Angaben zum Antragsteller</b>	Name				
	Vorname				
	Geburtstag				
	Geburtsort				
	Staatsangehörigkeit				
	Pass /Ausweis/Aufenthaltstitel				
	wohnhaft in				
	Straße/Hausnummer				
	ausgeübter Beruf				
	Arbeitgeber				
	durchschn. mtl. Nettoverdienst				
	<p><b>verpflichte mich gegenüber der zuständigen Ausländerbehörde/Auslandsvertretung nach § 68 des Aufenthaltsgesetzes die Kosten für den Lebensunterhalt und nach § 66 und 67 des Aufenthaltsgesetzes die Kosten für die Durchsetzung einer räumlichen Beschränkung, die Zurückweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung des/der nachstehenden ausländischen Person(en) zu tragen (zum Umfang und zur Dauer der Verpflichtung siehe Erläuterungen auf der Rückseite).</b></p>				
<b>Angaben zum Gast</b>	Name				
	Vorname				
	Geburtstag				
	Geburtsort				
	Staatsangehörigkeit				
	Reisepass Nr.				
	wohnhaft in				
	Straße/Hausnummer				
	Verwandtschaftsbeziehung mit dem Antragsteller				
	begleitender Ehepartner	Name:		Vorname:	
		Geb.-Dat.:		Geburtsort:	
	begleitende Kinder unter 16 Jahren	Name:	Name:	Name:	
Vorname:		Vorname:	Vorname:		
Geb.-Dat.:		Geb.-Dat.:	Geb.-Dat.:		
<b>Dauer der Verpflichtung ab</b>		(bis zur Beendigung des Aufenthalts, siehe Rückseite)			
Beabsichtigter Aufenthaltszweck		<input type="checkbox"/> Besuch <input type="checkbox"/> Studium <input type="checkbox"/> Sprachkurs <input type="checkbox"/> _____			
Vorgesehene Aufenthaltsdauer:		<input type="checkbox"/> 1 Monat <input type="checkbox"/> 2 Monate <input type="checkbox"/> 3 Monate <input type="checkbox"/> _____			
Anschrift der vorgesehenen Wohnung, sofern vom Antragsteller abweichend					
Angaben zur Wohnung: Ich bin ...		<input type="checkbox"/> Mieter <input type="checkbox"/> Eigentümer <input type="checkbox"/> einer Wohnung <input type="checkbox"/> eines Hauses			
Sonstige Angaben zu Einkommen und Vermögensverhältnisse					
Ich habe eine Unterhaltsverpflichtung gegenüber		Personen in meinem eigenen Haushalt			
Ich habe bereits weitere Einladungen ausgesprochen		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, für _____ Personen			

**Erforderliche Unterlagen, Erklärung und Unterschrift siehe Rückseite!**

**Erklärung des Verpflichtungsgebers vor der ABH zur Abgabe der Verpflichtungserklärung vom .....**

„Ich bestätige, vor Abgabe der Verpflichtungserklärung auf folgende Punkte ausdrücklich hingewiesen worden zu sein:

**1. Umfang der eingegangenen Verpflichtungen**

Die Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt einschließlich der Versorgung mit Wohnraum sowie der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden, z.B. Kosten für Ernährung, Bekleidung, Wohnraum (privat oder im Hotel) sowie Kosten für Arzt, Medikamente, Krankenhaus, Pflegeheim oder sonstige medizinisch notwendige Behandlungen. Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen. Aus den genannten Gründen empfiehlt sich der Abschluss einer Krankenversicherung.

Der Verpflichtungsgeber hat im Krankheitsfall auch für die Kosten aufzukommen, die nicht von einer Krankenkasse übernommen werden bzw. die über der Versicherungssumme der Krankenversicherung liegen.

Die Verpflichtung umfasst auch die Kosten einer möglichen zwangsweisen Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung nach §§ 66, 67 AufenthG. Derartige Abschiebungskosten sind z.B. Reisekosten (Flugticket und/oder sonstige Transportkosten), evtl. Kosten einer Sicherheitsbegleitung sowie Kosten der Abschiebungshaft.

**2. Dauer der eingegangenen Verpflichtungen**

Die Verpflichtung erstreckt sich auf einen Zeitraum von 5 Jahren ab der Einreise des Ausländers. Sie erlischt nicht durch die Erteilung eines Aufenthaltstitels aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen nach Abschnitt 5 des Kapitels 2 des Aufenthaltsgesetzes oder durch Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder subsidiären Schutzes nach § 3 oder § 4 des Asylgesetzes.

**3. Vollstreckbarkeit**

Die aufgewendeten öffentlichen Mittel können im Wege der Vollstreckung zwangsweise beigetrieben werden.

**4. Freiwilligkeit der Angaben**

Alle von mir gemachten Angaben und Nachweise beruhen auf Freiwilligkeit. Mir ist dabei bewusst, dass eine Verpflichtungserklärung unbeachtlich ist, wenn aufgrund fehlender Angaben die Bonität nicht geprüft werden kann.

Ich wurde von der Ausländerbehörde auf den Umfang und die Dauer der Haftung hingewiesen, die Möglichkeit von Versicherungsschutz sowie die zwangsweise Beitreibung der aufgewendeten Kosten im Wege der Vollstreckung, soweit ich meiner Verpflichtung nicht nachkomme.

Ich wurde belehrt, dass unrichtige und unvollständige Angaben strafbar sein können (z.B. bei vorsätzlichen, unrichtigen oder unvollständigen Angaben, vgl. § 95 AufenthG – Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe).

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten gemäß § 69 Abs. 2 Nummer 2 e) und g) AufenthV gespeichert werden.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass eine Ablichtung der Verpflichtungserklärung bei der Auslandsvertretung abzugeben ist und somit vor Antragstellung eine Kopie gefertigt werden sollte.

Weiterhin bestätige ich, zu der Verpflichtung auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein und erkläre, dass ich keine weiteren Verpflichtungen eingegangen bin, die die Garantiewirkung der aktuellen Verpflichtungserklärung gefährden.“

**Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt dieser Belehrung verstanden und einen Abdruck davon erhalten habe.**

Bad Hersfeld, \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Unterschrift des Verpflichtungsgebers

**Folgende Unterlagen sind zusammen mit dem Antrag vorzulegen:**

- Personalausweis oder Pass mit aktueller Meldebescheinigung
- Bonitätsnachweis (z.B. Verdienstbescheinigungen der letzten 3 Monate, Arbeitgeberbescheinigung, Rentenbescheid, Bescheinigung eines Steuerberaters zur Gewinnermittlung, Steuerbescheid, Bankbürgschaften, Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes)
- Wohnraumnachweis (z.B. Mietvertrag, Kaufvertrag oder Grundbuchauszug bzw. letzter Grundsteuerbescheid)

**Bearbeitungsvermerk der ABH:**

monatliches Nettoeinkommen \_\_\_\_\_ Euro / Pfändungsgrenze \_\_\_\_\_ Euro

Mietwohnung: \_\_\_\_\_ Zimmer, \_\_\_\_\_ m<sup>2</sup> Wohnfläche, \_\_\_\_\_ Euro monatl. Bruttomiete

Haus-/Wohnungseigentum: \_\_\_\_\_ Euro monatl. Belastung

Unterhaltsverpflichtung besteht für \_\_\_\_\_ Personen = \_\_\_\_\_ Euro

Bemerkungen:

Bonität  nachgewiesen /  glaubhaft gemacht /

Antragsteller wurde darauf hingewiesen, dass die Bonität nicht bestätigt werden kann.

Verpflichtungserklärung ausgestellt – Verw.-Gebühr 29,- Euro erhoben

Bad Hersfeld, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Unterschrift Sachbearbeiter